



An den Grossen Rat

18.5429.02

Petitionskommission
Basel, 7. Mai 2019

Kommissionsbeschluss vom 7. Mai 2019

Petition P 393 "Für ein flächendeckendes Recycling von Plastik in Basel-Stadt"

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat in seiner Sitzung vom 9. Januar 2019 die Petition „Für ein flächendeckendes Recycling von Plastik in Basel-Stadt“ der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

1. Wortlaut der Petition¹

Die Unterzeichnenden fordern die Regierung und den Grossen Rat dazu auf, ein flächendeckendes Sammel- und Verwertungssystem (Recycling) von sämtlichen Kunststoffabfällen sowie Getränkekartons aus Haushalten auf dem städtischen Gebiet einzuführen.

In Zeiten knapper werdender Ressourcen entwickelt sich die Kreislaufwirtschaft zu einer tragenden Säule der weltweiten Rohstoffversorgung und des Klimaschutzes. Das Recycling von Plastik leistet einen wichtigen Beitrag zur Senkung des Ressourcen- und Energieverbrauchs sowie zur Verringerung von Schadstoffemissionen in der Luft. Zudem verpflichtet das Schweizer Umweltschutzgesetz dazu, Abfälle soweit wie möglich und umweltverträglich zu verwerten. Kunststoffe sollten aus Umweltsicht separat gesammelt und wenn immer möglich stofflich verwertet werden. Dasselbe gilt für Getränkekartons, welche mit derselben Logistik mitgesammelt und rezykliert werden können. Mit einer flächendeckenden Einführung der vielerorts bereits erfolgreich etablierten Kunststoffsammlung könnte der Ausstoss an Treibhausgasen gemäss der vor Kurzem publizierten KuRve Studie in der Schweiz um bis zu 270'000 Tonnen CO₂eq reduziert werden.

2. Abklärungen der Petitionskommission

2.1 Hearing vom 25. Februar 2019

Am Hearing der Petitionskommission nahmen teil: zwei Mitglieder der glp Basel-Stadt und ein Vorstandsmitglied der jglp beider Basel als Vertretende der Petentschaft sowie der Leiter des Amtes für Umwelt und Energie (AUE) des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU).

¹ Petition P 393 „Für ein flächendeckendes Recycling von Plastik in Basel-Stadt“, Geschäfts-Nr. 18.5429.01.

2.1.1 Das Anliegen der Vertretenden der Petentschaft

Die Petenten fordern ein flächendeckendes Plastikrecycling für den Kanton Basel-Stadt; Bürgerinnen und Bürger sollen zum proaktiven Plastikrecycling animiert werden. In Ergänzung zum Bebbisack soll deshalb ein „gelber Sack“ angeboten werden, in dem Plastik entsorgt werden kann. Mit dem Plastikrecycling könnte der Haushaltsabfall reduziert werden, damit liessen sich Rohstoffe und Energie sparen und der CO₂-Ausstoss reduzieren. Mit Hilfe einer separaten Sammlung könnte zudem eine neue Sensibilität gegenüber dem eigenen Plastikverbrauch und ein Anreiz geschaffen werden, den Plastikverbrauch zu reduzieren. In der Folge würde vielleicht auch der Detailhandel, beispielsweise im Lebensmittelbereich, sein Sortiment entsprechend anpassen. Solange aber der Detailhandel das Plastikproblem nicht löst, sollte ein Angebot für das Plastikrecycling geschaffen werden. Dies könne aber kein Ersatz für eine entsprechende Sensibilisierung, beispielsweise in der Schule, bilden.

Unterdessen sei es möglich, Plastikabfall in Plastikgranulat umzuwandeln. Eine Studie der Hochschule für Technik Rapperswil halte fest, dass es möglich ist, vom Sack bis zum Granulat 47% des gesamten Plastikabfalls zu recyklieren. So recycle beispielsweise die InnoRecycling AG in der Ostschweiz erfolgreich Plastik. Die Vertretenden der Petentschaft erklären, dass es heute weit über 1'000 Plastiksorten gibt, in Haushalten fallen aber vorwiegend vier Plastiksorten an. Das Sortieren der verschiedenen Plastiksorten erfolge heute zudem vermehrt automatisiert und nicht mehr in Handarbeit. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) halte fest, dass ein Prozentsatz von 70% erreicht werden müsse, damit sich Plastikrecycling als lohnenswert erweise. Die Petentschaft vertritt diesbezüglich die Ansicht, dass folglich jemand einen Anfang machen muss. Nur so könne das Volumen an recykliertem Plastik entsprechend gesteigert werden. Basel sollte deshalb als erste Schweizer Stadt mit gutem Beispiel vorangehen.

2.1.2 Argumente des Leiters des Amts für Umwelt und Energie (AUE)

Der Leiter AUE stellt fest, dass der Klimawandel wie auch die Ressourceneffizienz aktuelle Problemfelder bilden. Insofern sei es durchaus wünschenswert, wenn unter anderem Plastik separat gesammelt werden könnte. Für den Recyclingprozess könnten zudem erneuerbare Energien eingesetzt werden. Mit einem solchen Wiederverwertungskreislauf liessen sich fossile Energien effizient nutzen und deren Verbrauch reduzieren. Der Leiter AUE stellt jedoch in Frage, ob eine Plastiksammlung im „gelben Sack“ tatsächlich zu einer ökologischen Lösung beitragen würde, da diese Form der Entsorgung den Plastikabfall nicht unbedingt reduzieren dürfte.

Im Rahmen eines kantonalen Pilotprojekts soll im Bachlettenquartier verschiedener Abfall in Unterflurcontainern gesammelt werden². Sollte sich dieses System bewähren, könnte auf diese Weise Plastikabfall separat gesammelt werden. Aus Sicht des Kantons Basel-Stadt soll aber eine solche Sammlung erst dann erfolgen, wenn auch die entsprechenden technischen Möglichkeiten für ein umfassendes Plastikrecycling zur Verfügung stehen. Es gibt heute über 2'000 verschiedene Kunststoffsorten und deren Trennung bilde ein Problem. Die Gemeinde Allschwil führte vor einiger Zeit den bereits erwähnten „gelben Sack“ für Plastikabfall ein. Dieser gesammelte Plastikabfall werde mit dem Lastwagen nach Frankreich transportiert, es könne hiervon aber nur etwa 30% recykliert werden. Die von der Petentschaft erwähnte InnoRecycling AG stelle aus 47% des Plastikabfalls Granulat her, die restlichen 53% des Plastikabfalls kaufe die Zementindustrie für die Verbrennung ab. Zudem liege dieses Unternehmen in der Ostschweiz und der Plastikabfall müsste mit dem Lastwagen dorthin transportieren werden. Der Plastikabfall müsste vor Ort recykliert werden können. Letztlich könne es aber auch nicht reichen, wenn der Kanton Basel-Stadt im Alleingang ein solches System einführen würde, dies müsste vielmehr schweizweit gemeinsam mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) abgesprochen werden.

Gemäss BAFU erweise sich eine gemischte Plastiksammlung heute als wenig sinnvoll, dies im Gegensatz zu separaten Sammlungen, wie beispielsweise die Sammlung von PET-Getränkeflaschen. Hier verzeichne man eine Rücklaufquote von 80%, wovon praktisch 100% re-

² Ratschlag betreffend „Ausgabenbewilligung für Pilotversuch Unterflurcontainer im Bachletten-Quartier (Weiterentwicklung der Abfallentsorgung Stadt Basel)“, Geschäfts-Nr. 18.0875.01.

cykliert werden können. Eine flächendeckende Plastiksammlung ergebe also dann Sinn, wenn dessen weitere Verwertung geklärt ist. Aktuell bilde die Verbrennung der Plastikabfälle die sinnvollste Lösung, da Plastik in der Kehrrechtverbrennungsanlage als Erdgas-Ersatz für die Fernwärme dient.

3. Erwägungen der Petitionskommission

Die Petitionskommission ist sich einig, dass dem Thema Recycling Relevanz zukommt, und anerkennt das Engagement der Petentschaft. Hingegen ist sich die Kommission nicht sicher, ob eine getrennte Sammlung von Plastikabfällen tatsächlich die Sensibilität der Konsumenten und Konsumentinnen schärfen und den in Haushalten anfallenden Plastikabfall reduzieren würde. Allenfalls könnte mit einer entsprechenden Sensibilisierung auf Seiten Detailhandel ein grösserer Erfolg verzeichnet werden. Zudem lässt sich gemäss den Ausführungen des Leiters AUE Plastikabfall heute noch nicht in der gewünschten Form recyclieren. Die Kommission kann der Überlegung folgen, dass bei einer allfälligen Sammlung von Plastikabfall zwingend eine entsprechende Verwertungslösung zur Verfügung stehen müsste.

Der kantonale Pilotversuch mit Unterflurcontainern soll die Möglichkeit schaffen, verschiedenste Abfallsorten getrennt voneinander zu sammeln, damit wäre auch eine separate Sammlung von Plastik möglich. Die Petitionskommission liess sich im Zusammenhang mit der Petition P 332 „Für eine wöchentliche Abfuhr von Bioabfällen (Küchenabfälle)“ über dieses mögliche neue Entsorgungssystem informieren. Auf Rückfrage der Kommission signalisierten die Vertretenden der Petentschaft, dass ein solches System sehr begrüssenswert sei und sich bei einer grossflächigen Einführung das Petitem voraussichtlich als obsolet erweisen würde.

Die Petitionskommission bittet die Regierung darum, sich im Zusammenhang mit dem Pilotversuch „Unterflurcontainer“ unter anderem spezifisch mit dem Thema Plastikrecycling auseinander zu setzen. Dies auch mit Blick auf allfällige technische Entwicklungen, die in Zukunft ein umfassendes Plastikrecycling ermöglichen könnten.

4. Antrag

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 7 zu 2 Stimmen, vorliegende Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

Im Namen der Petitionskommission



Tonja Zürcher
Kommissionspräsidentin